



NEWSLETTER



AUSGABE 6
Juni 2009

KAS HAUPTABTEILUNG
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Zwischen Stolz und Sturz: Tschechische EU-Ratspräsidentschaft geht zu Ende

TSCHECHISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Inhalt

- **Seite 1**
Tschechien intern
- **Seite 6**
Europawahlen in Tschechien
- **Seite 8**
TOP 09 – eine neue Partei in der tschechischen Politlandschaft
- **Seite 9**
Sechs Monate tschechische Ratspräsidentschaft – was bleibt?
- **Seite 12**
5 Jahre tschechische EU-Mitgliedschaft
- **Seite 14**
Medien in Tschechien
- **Seite 15**
Übergabe der Ratspräsidentschaft an Schweden
- **Seite 17**
Interview mit dem schwedischen Politikwissenschaftler Mats Braun
- **Seite 21**
Links

Sechs Monate Ratspräsidentschaft liegen hinter Tschechien und Europa – es war ein turbulentes erstes Halbjahr 2009. Von Beginn an war das Bemühen Tschechiens zu spüren, der großen Verantwortung gerecht zu werden. Und tatsächlich schaffte es die tschechische Politik um den damaligen Ministerpräsidenten Mirek Topolánek zunächst, Europa in schwierigen Zeiten auf Kurs zu halten, etwa bei den Verhandlungen mit Russland und der Ukraine über die Gaskrise zu Beginn dieses Jahres. Plötzlich war in Tschechien das Erstaunen darüber zu spüren, dass das „kleine“ Tschechien ja doch mit den „alten, großen“ EU-Mitgliedern wie Frankreich oder Deutschland auf Augenhöhe war, obwohl aus den Reihen der eigenen Politiker seit Jahren teils etwas anderes vermittelt wurde. Auch wenn Václav Klaus vor dem Europäischen Parlament die EU schon mal als „demokratiefeindlich“ bezeichnete oder Mirek Topolánek in Wirtschaftshilfen, wie sie in den USA gewährt wurden, den „Weg in die Hölle“ erkennen wollte, hat Tschechien aber trotz aller Widrigkeiten seine erste Ratspräsidentschaft letztendlich ordentlich gemeistert und bewiesen, dass es nicht nur geografisch, sondern auch politisch in der Mitte Europas angekommen ist. Die sechs Monate sind zu Ende und nun steht, wie schon im Wahlkampf der vergangenen Europawahlen, wieder die Innenpolitik im Mittelpunkt. Und bei all den Parteineugründungen, die Tschechien in den letzten Wochen erlebt hat, ist es auch für die Autoren des Newsletters kein Leichtes, dabei immer den Überblick zu behalten. Mit diesem sechsten ausführlichen Newsletter zur tschechischen EU-Ratspräsidentschaft endet der monatliche Herausgabeterminus. Das Newsletterformat zur politischen Entwicklung in Tschechien wird jedoch weitergeführt, allerdings in unregelmäßigen Abständen. An dieser Stelle möchten wir uns auch für die zahlreichen Reaktionen und positiven Kommentare herzlich bedanken.

Weitere Informationen über Tschechien finden Sie auf unserer Webseite unter www.kasprag.cz

TSCHECHIEN INTERN

Die Übergangsregierung von Premier **Jan Fischer** hat am 7. Juni die Vertrauensabstimmung im Abgeordnetenhaus gewonnen. 156 von 194 Abgeordneten sprachen dem Kabinett Fischer das Vertrauen aus, weit mehr als die erforderliche absolute Mehrheit. Die Unterstützung für die Regierung kam insbesondere aus den Reihen der Bürgerdemokraten, der Sozi-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kaspraq.cz

aldemokraten und der Grünen. Die Mehrheit der Christdemokraten und der Kommunisten enthielt sich, nur ein fraktionsloser Abgeordneter stimmte gegen die Regierung. In den ersten Wochen seiner Amtszeit hat der erst am 8. Mai vereidigte Premierminister Jan Fischer einige politische Impulse gesetzt: So hat sein Übergangskabinett Ende Mai das Regierungsprogramm gebilligt. Die Hauptanliegen der Expertenregierung seien, so Fischer, den EU-Ratsvorsitz ordentlich zu Ende zu bringen und das Haushaltsdefizit unter 170 Milliarden Kronen (etwa 6,5 Milliarden Euro) zu halten. Der Premierminister erklärte zudem, dass er den Inhalt des Regierungsprogramms mit den Parteichefs der Bürgerdemokraten, der Sozialdemokraten und der Grünen abgestimmt habe.

Eine erste Initiative der Übergangsregierung widmet sich der Aufarbeitung der tschechischen Vergangenheit. Fischer sagte, dass er eine Entschädigung von Menschen, die während des Kommunismus aus politischen Gründen ihre Arbeit verloren haben, für grundsätzlich richtig halte. Ein entsprechender Gesetzesentwurf müsse allerdings noch ausgearbeitet werden. Fischer bezog sich damit auf eine Gesetzesinitiative, die unter anderem vom früheren Premier **Mirek Topolánek** und einigen sozialdemokratischen Abgeordneten initiiert worden ist. Der Entwurf sieht eine monatliche Zahlung von 2500 Kronen (etwa 92 Euro) für Menschen, die zwischen dem 25. Februar 1948 und dem 1. Januar 1990 aus politischen Gründen arbeitslos wurden, vor.

Die tschechische Regierung hat im Juni den Haushaltsrahmen für die kommenden drei Jahre verabschiedet. Demzufolge soll das Haushaltsdefizit 2010 die Grenze von 170 Milliarden Kronen (ca. sechs Milliarden Euro) nicht übersteigen. In den Jahren 2011 und 2012 soll das Defizit auf 160 Milliarden bzw. 156 Milliarden Kronen beschränkt werden. Laut Regierung werde das tschechische Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 2,3 Prozent schrumpfen, im kommenden Jahr aber bereits wieder um 0,8 Prozent wachsen. Bereits für die Jahre 2011 und 2012 rechnet das Finanzministerium mit einem Wirtschaftswachstum von mehr als zwei Prozent. Die Arbeitslosenquote lag im Mai bei 7,9 Prozent, was exakt dem Aprilwert entsprach.

Grüne und Christdemokraten müssen um 5-Prozent-Hürde bangen

Die vorgezogenen Parlamentswahlen in Tschechien finden zwar erst im Oktober statt, doch aktuelle Umfragen lassen einen Sieg der Sozialdemokraten vermuten. Laut einer aktuellen Meinungsumfrage des Instituts STEM würden die Sozialdemokraten (ČSSD) momentan 32,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, die Demokratische Bürgerpartei (ODS) käme auf 23,7 Prozent vor den Kommunisten mit 10,9 Prozent sowie den Christdemokraten mit 5,9 Prozent und den Grünen mit 5,3 Prozent. Die Agentur CVVM sieht die ČSSD derzeit hingegen bei 25 Prozent, auf die ODS würden sogar nur 19 Prozent entfallen. Die Kommunisten könnten laut CVVM mit rund 10 Prozent, die Grünen mit 5 Prozent und die Christdemokraten mit 4,5 Prozent rechnen. Damit müssten die beiden letztgenannten ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde befürchten (Die Umfragen bezogen die neu gegründete Partei TOP 09 noch nicht ein – mehr dazu im eigenen Beitrag).

Ende Mai fand der Parteitag der Christdemokraten (KDU-ČSL) in Vsetín statt. Zum neuen Parteivorsitzenden wurde **Cyril Svoboda** gewählt. Bei 299 abgegebenen Stimmen konnte Svoboda, der bereits einmal Vorsitzender der Christdemokraten war, 157 Stimmen auf sich vereinen. Der bisherige Vorsitzende Jiří Čunek war bereits im ersten Wahldurchgang ausgeschieden, ebenso Michaela Sojdrová. Im zweiten Durchgang konnte sich Svoboda dann knapp mit 157 zu 127 Stimmen (299 gesamt, 5 ungültig, 10 Enthaltungen) gegen seinen verbleibenden Konkurrenten Jan Březina, der im ersten Wahlgang noch 20 Stimmen mehr

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kaspraq.cz

als Svoboda erhalten hatte, durchsetzen. Überschattet wurde der Parteitag vom angekündigten Austritt des ehemaligen Finanzministers **Kalousek** aus der KDU-ČSL. Dieser stellte am 11. Juni seine neu gegründete Partei TOP 09 vor, die mit dem ehemaligen Außenminister **Karel Schwarzenberg** als Parteivorsitzenden bei den Wahlen im Oktober antreten wird.

Kampf gegen Rechtsextremismus in Tschechien

Präsident **Václav Klaus** hat sich angesichts der steigenden Zahlen rechtsextremer Straftaten für ein härteres Vorgehen gegen die Aktivitäten der Neonazis ausgesprochen. Die Legislative biete ausreichend Möglichkeiten, um derartigen Aktivitäten entgegenzuwirken. Das Abgeordnetenhaus hat bereits in erster Lesung Änderungen des Versammlungsgesetzes unterstützt, die es den Gemeinden erleichtern sollen, Veranstaltungen der Rechtsextremen zu verbieten. Auch die tschechische Polizei reagiert: Sie wird zwei Spezialeinheiten zum Kampf gegen den Extremismus ausbilden, die in Nordböhmen und Nordmähren stationiert werden sollen und jeweils 200 Beamte umfassen. Die tschechische Polizei rechnet in Zukunft mit einem Anstieg extremistischer Aktivitäten.

Im russischen Chabarowsk, nahe der chinesischen Grenze, fand am 21. und 22. Mai der EU-Russland-Gipfel statt. Im Rahmen der Ratspräsidentschaft ist Staatspräsident Klaus als Repräsentant Tschechiens nach Russland gereist. Unter seiner Leitung verhandelten die Vertreter der EU und Russland über Fragen der Energiewirtschaft, der europäischen Sicherheit und der Situation im Kaukasus. So sollten insbesondere Bedenken Russlands zur kürzlich verabschiedeten Ostpartnerschaft mit Staaten der ehemaligen Sowjetunion abgebaut werden. Obwohl der Gipfel ohne konkrete Ergebnisse zu Ende ging, sieht Václav Klaus „keine dramatischen Probleme“ in den Beziehungen zwischen Tschechien und Russland, wie er nach einem Gespräch mit Dmitri Medwedew erklärte. Im Anschluss an den EU-Russland-Gipfel flog Klaus weiter nach Seoul, wo er die tschechische EU-Ratspräsidentschaft beim EU-Südkorea-Gipfel vertrat.

Nach dem Briefwechsel zwischen US-Präsident Barack Obama und dem russischen Premierminister Medwedew ist die Zukunft des US-amerikanischen Raketenabwehrschildes in Tschechien ungewiss. Klar ist nur, dass die tschechische Übergangsregierung sich nicht mit dem möglichen Bau der umstrittenen Radaranlage in Mittelböhmen beschäftigen wird. Außenminister **Jan Kohout** erklärte, dass die Ratifizierung der entsprechenden Verträge der nachfolgenden Regierung zufallen würde. Der tschechische Verteidigungsminister **Martin Barták** erklärte, er rechne nicht damit, dass das Projekt eingestellt werde. Prag und Washington haben zwar bereits im vergangenen Jahr die Verträge über den Bau der Radaranlage, die als Teil der amerikanischen Raketenabwehr in Mitteleuropa konzipiert ist, unterschrieben. Ob es aber tatsächlich zum Bau der Anlage kommt, ist weiter unklar. Die amerikanische Regierung von Barack Obama hat dazu noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Wenige Tage nach Amtsantritt der neuen Regierung unter Jan Fischer hat Staatspräsident Václav Klaus in einem Interview erneut scharfe Kritik an seinem ehemaligen Parteikollegen Mirek Topolánek geäußert. Dessen Regierung sei dem Druck von Lobbyisten erlegen, deren Einfluss in den vergangenen 20 Jahren ein nie gekanntes Maß erreicht habe. Das Kabinett Topolánek habe Klaus „komplett enttäuscht“. Zugleich wies dieser erneut entschieden Vorwürfe zurück, nach denen er der Drahtzieher beim Sturz der Regierung gewesen sei: Sein Anteil an dem Sturz sei gleich „null“. Der ehemalige Premierminister Topolánek hatte mehrmals die Vermutung geäußert, Klaus habe entscheidenden Anteil an dem erfolgreichen Misstrauensvotum der Sozialdemokraten gegen seine Regierung gehabt.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kaspraq.cz

Harter Europawahlkampf in Tschechien – trotzdem nur geringes Interesse

Doch auch die Sozialdemokraten mussten im Europawahlkampf mit harter Gegenwehr zu-recht kommen. Parteichef **Jiří Paroubek** wurde mehrmals binnen weniger Tage bei Wahl-kampfevents massiv mit Eiern beworfen. Im Internet kursierten im Vorfeld der Eu-ropawahlen mehrere Kampagnen, die zu derartigen Aktionen gegen Paroubek aufforderten.

Die Tschechen zeigten insgesamt wenig Interesse für die Europawahlen, die Wahlbeteiligung lag nur bei 28 Prozent. Dies zeichnete sich bereits im Vorfeld ab, wie eine Umfrage des Mei-nungsforschungsinstituts Stem belegt: So erachteten knapp ein Drittel der Tschechen die Kommunalwahlen für die wichtigsten Wahlen (38 Prozent), gefolgt von den Wahlen zum na-tionalen Parlament (32 Prozent) und den Kreis-Wahlen (24 Prozent). Die Europawahlen fol-gen abgeschlagen auf Platz vier (15 Prozent). Nur die Senatswahlen werden für noch un-wichtiger erachtet (13 Prozent). Für Tschechien sind es erst die zweiten Europawahlen. Kurz nach dem Beitritt des Landes zur EU 2004 wählten die Tschechen zum ersten Mal Europa-abgeordnete.

Die Chefs der beiden großen Volksparteien, der Bürgerdemokraten (ODS) und der Sozial-demokraten (ČSSD), lehnten es unterdessen ab, dass die Übergangsregierung von Premier Fischer einen Vorschlag für den tschechischen Posten in der Europäischen Kommission macht. Paroubek und Topolánek erklärten beide, dass mit der Nominierung bis nach den Parlamentswahlen im Herbst gewartet werden solle. Laut Paroubek sei die Besetzung des tschechischen Kommissarpostens ein wichtiges Wahlkampfthema im Oktober. Der Minister für Europa-Angelegenheiten, **Stefan Füle**, hatte hingegen eine rasche Entscheidung über das Kommissions-Ressort gefordert, da im Herbst, so Füle, die interessantesten und ein-flussreichsten Posten bereits vergeben seien.

EU-Gipfel in Brüssel

Gut zwei Wochen vor Ende der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft fand am 18. und 19. Juni in Brüssel der letzte EU-Gipfel unter tschechischer Leitung statt. Viele der Teilnehmer zogen ein Fazit zur Leistung der Tschechen in den vergangenen sechs Monaten. Kritikpunkte waren unter anderem das Scheitern des ehemaligen Premierministers Mirek Topolánek, ei-nen Nichtangriffspakt mit der Opposition für die Zeit der der Präsidentschaft auszuhandeln, sowie das Desinteresse der Opposition am Ansehen Tschechiens im Ausland. Lob kam aus Frankreich: Staatschef Nicolas Sarkozy äußerte sich in Brüssel zum amtierenden EU-Ratsvorsitzenden und tschechischen Regierungschef Jan Fischer: „Er hat seine Arbeit sehr gut erledigt, in einem spannungsfreien Klima. Er ist ruhig und gelassen. Was davor war, ha-be ich schon wieder vergessen. Die tschechische Ratspräsidentschaft endet gut.“

Die EU-Mitglieder haben unterdessen den Weg für ein zweites Referendum in Irland über den Lissabon-Vertrag frei gemacht. Nachdem eine erste Volksabstimmung im Juni 2008 den Vertrag abgelehnt hatte, sollen nun Sonderregelungen zu Steuerpolitik, Neutralität und zum Abtreibungsverbot die Zustimmung der Iren garantieren. Der tschechische Präsident Václav Klaus kritisierte die EU für diese Entscheidung, denn die Sonderregelungen für Irland stell-ten seiner Meinung nach eine Änderung des EU-Reformvertrages dar. Falls EU-Politiker et-was anderes behaupten sollten, so sei dies „töricht und dumm“. Das Vorgehen der EU in dieser Angelegenheit sei „lächerlich und unwürdig“. Zudem müssten diese Sonderregelungen auch in den nationalen Parlamenten genehmigt werden, so Klaus. Dem hatte Jan Fi-scher bereits am Freitag überraschend deutlich widersprochen: Diese Garantien änderten „kein Komma“ an dem Vertrag. Allerdings äußerten auch Großbritannien und Schweden die

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kaspraq.cz

Sorge, dass in einigen Staaten der bereits abgeschlossene Ratifizierungsprozess nun doch wieder neu aufgenommen werden müsse.

Außerdem haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder auf die Grundzüge einer Reform der Finanzaufsicht verständigt. So werde ein Europäischer Rat für Systemrisiken geschaffen, der die Märkte beobachten und rechtzeitig warnen soll. Für Banken, Versicherungen und Wertpapierhandel werde jeweils eine Aufsichtsbehörde zuständig sein. Als weitere Maßnahme beschloss der Gipfel, Entwicklungsländer beim Klimaschutz zu unterstützen. Nach Angaben der Kommissionsvertreter wurden jedoch weder ein Betrag noch ein Verteilungsschlüssel festgelegt. Die Finanzierung werde erst beim nächsten Gipfel im Oktober geklärt. Der Ausstoß von Treibhausgasen soll so weltweit bis 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 sinken.

Die illegale Einwanderung nach Europa soll in Zukunft noch stärker bekämpft werden. Dazu wird die südliche Seegrenze der EU besser bewacht werden, wofür die Grenzschutzagentur FRONTEX die Verantwortung tragen wird. Außerdem wurde erneut eine rasche Einigung über die Errichtung einer Europäischen Asylunterstützungsagentur angemahnt. Aufgrund der schweren Auseinandersetzungen im Iran nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen verurteilte die EU die Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten und bekräftigte in einer gemeinsamen Erklärung das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Die EU forderte die iranische Regierung auf, weiterhin eine freie Berichterstattung der Medien zu gewährleisten.

Des Weiteren haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel einstimmig für eine zweite Amtszeit von Kommissionspräsident Barroso ausgesprochen. Nach Wunsch des EU-Rats soll die Entscheidung darüber noch im Juli getroffen werden. Das Europäische Parlament will jedoch erst im Herbst, nach der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags, über die Personalie Barroso entscheiden. So kann das EU-Parlament bisher nur den Vorschlägen des EU-Rats zustimmen oder diese ablehnen, jedoch keine eigenen machen. Dies würde sich mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags ändern.



Gemeinsam mit den britischen Konservativen (26 Sitze), der polnischen PiS (15 Sitze) und fünf weiteren Abgeordneten aus fünf Ländern hat die ODS (9 Sitze) die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament verlassen und sich zur „European Conservatives and Reformist Group“ zusammengeschlossen. Diesen Schritt hatten die beteiligten Parteien bereits im Vorfeld der Europawahlen Anfang Juni angekündigt. Nun drängte der Parteivorsitzende der Tories, David Cameron, der bereits seit 2005 innerhalb seiner Partei für einen Austritt aus der EVP wirbt, auf eine rasche Umsetzung der Idee.

Austritt der ODS aus der EVP-Fraktion in Brüssel

Die Tories und die ODS repräsentieren in Großbritannien und Tschechien jeweils die stärkste Partei ihres Landes im Europaparlament und wollen sich mit ihrer neu gegründeten Fraktion für liberal-konservative Werte einsetzen und den ihrer Ansicht nach zu starken Föderalismus-Ambitionen der EVP-Fraktion entgegentreten.

Die Zustimmung des ODS-Vorsitzenden Mirek Topolánek kann als Zugeständnis an die parteiinternen Europakritiker um Jan Zahradil verstanden werden. Der europaskeptische Flügel wurde durch den Rückzug des „Euro-Dissidenten“ Václav Klaus aus der Partei stark ge-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

schwächt. Der Anführer Jan Zahradil musste zudem eine Schlappe bei den Europawahlen hinnehmen: Nicht er, der als Spitzenkandidat der ODS in den Wahlkampf gestartet war, sondern Evžen Tošenovský, konnte die meisten Stimmen auf sich vereinen. Das tschechische Wahlsystem ermöglicht es, jedem einzelnen Kandidaten direkt eine „Präferenzstimme“ zukommen und ihn so auf der parteiinternen Liste aufsteigen zu lassen, wie bei Tošenovský geschehen. Die ODS-Wähler bevorzugten den ehemaligen Hejtman Tošenovský und zeigten dem lauten, europakritischen Zahradil die kalte Schulter. Dennoch konnte dieser „sein“ Projekt EVP-Austritt offensichtlich über die Ziellinie retten, obwohl die anderen neu ins EP gewählten ODS-Abgeordneten bereits Skepsis gegenüber dem Austritt andeuteten.

Der Druck seitens der Briten spielte dabei sicherlich eine Rolle, denn auch Mirek Topolánek, der sich in den Monaten der Ratspräsidentschaft als pragmatischer Europapolitiker zeigte, für den Lissabonner Vertrag eintrat und offen für Europa warb, überraschte vor kurzem in Polen mit der Aussage, der Lissabonner Vertrag sei tot – an seiner Seite zu diesem Zeitpunkt: David Cameron. Inwieweit Topolánek den europakritischen Flügel mit dem EVP-Austritt besänftigen und ihm gefügig machen konnte, muss sich noch zeigen. Eine schwierige Aufgabe wird es allemal, die EU-skeptische Politik in der neuen Fraktion im EP mit seinem neu entdeckten Euro-Pragmatismus zuhause und seinen eigentlich stark pro-europäischen Wählern in Einklang zu bringen.

EUROPAWAHLEN IN TSCHECHIEN – EIN VORGESCHMACK AUF OKTOBER?

Es ist entschieden - Europa hat gewählt. Auch in Tschechien fanden am 5. und am 6. Juni die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Zum zweiten Mal in der Geschichte entschieden die Bürger in Tschechien über ihre Europaabgeordneten.

Das Ergebnis: Mirek Topolánek und die ODS, die in den vergangenen Monaten in den Kommunal- und Senatswahlen sowie durch das Misstrauensvotum einige Niederlagen einstecken mussten, gingen aus den Europawahlen als Gewinner hervor. Mit 31 Prozent konnte die ODS ihr Ergebnis von 2004 sogar leicht verbessern, bleibt aber bei neun erreichten Mandaten. Aus Sicht Topoláneks bedeutet das vor allem eins: „Die ODS ist zurück“. Die ČSSD konnte zwar einen Sprung von acht auf 22 Prozent sowie von zwei auf sieben Mandate im Vergleich zu 2004 erreichen, doch zeigte sich Parteichef Jiří Paroubek vor den Medien nicht allzu euphorisch: „Für unsere Wähler haben die Wahlen zum Europäischen Parlament nur dritte Priorität. Ob uns das gefällt oder nicht, alle Umfragen und soziologischen Untersuchungen zeigen das.“

Anders sieht es bei der KDU-ČSL aus. Sie hat ihr ausgegebenes Ziel erreicht: Die Verteidigung der zwei bisherigen Mandate ist in trockenen Tüchern. Sicherheit bedeutet dies für die Partei noch lange nicht: Die Absplitterung des konservativen Flügels um Miroslav Kalousek macht der Partei schwer zu schaffen und könnte entscheidende Stimmen für die Fünf-Prozent-Hürde in den Herbstwahlen kosten. Unterdessen soll die neu gegründete TOP 09 unzufriedene Christdemokraten aber auch unzufriedene ODS Wähler auffangen. Noch düsterer sieht es für die Grünen aus: Sie konnten lediglich 1,7 Prozent der Stimmen erreichen. Die parteiinternen Streitigkeiten machten der Partei bei den Europawahlen zu schaffen. Entgegen des europaweiten Trends haben die Grünen in Tschechien den Einzug ins Europäische Parlament klar verfehlt. Parteichef Martin Bursík zog daraus Konsequenzen und trat einige Tage später zurück.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

Außer den Kommunisten, die trotz Stimmverlusten vier Mandate erreichen konnten, kam keine der weiteren 29 Parteien über die Fünf-Prozent-Hürde. Im neuen Europäischen Parlament werden demzufolge nur vier tschechische Parteien vertreten sein. Auch die Euroskeptiker, allen voran Libertas.cz und die SSO, für die der Lissabon-Vertrag Zielscheibe in der Europawahlkampagne war, konnten keine Erfolge einfahren. Spätestens seit der Ratifizierung des Lissabonner Vertrags im tschechischen Senat am 6. Mai hatten die tschechischen Euroskeptiker ihr Hauptwahlkampfthema verloren. Beide Parteien bewegen sich bei etwa einem Prozent der Stimmen. Fazit: Die Ambitionen der europaskeptischen Parteien für den nationalen Wahlkampf sollten jetzt relativiert sein.

Den Wahlen war ein turbulenter Wahlkampf vorausgegangen, der von den innenpolitischen Schwierigkeiten überschattet wurde. Nach dem Sturz Mirek Topoláneks (siehe Länderbericht unter www.kas.de/prag) und den Schwierigkeiten im Vorfeld der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages sorgte besonders eine Partei für negative Schlagzeilen: Die rechtsextreme Partei DS hatte in ihrem TV-Werbespot zur „Endlösung der Zigeunerfrage“ aufgerufen. Mit ihren Parolen forderte die Partei radikale Lösungen für komplexe, gesellschaftliche Probleme. Aufgrund scharfer Kritik wurde der Spott nach seiner erstmaligen Ausstrahlung abgesetzt. Daraufhin drohte die Partei, Klage am Europäischen Gerichtshof einzureichen und die Wahlen für ungültig erklären zu lassen. Auf die Wähler machte die Kampagne keinen Eindruck: Die Partei bewegt sich bei einem Prozent der Stimmen.

Auch die Wahlkampagne der ČSSD verlief nicht problemlos. So kursierte im Internet der Aufruf „Eier auf Paroubek“. Tatsächlich wurde Jiří Paroubek bei Wahlkampfauftritten massiv mit Eiern beworfen. Doch mussten die überwiegend jugendlichen „Eierwerfer“ nach einer Attacke, bei der mehr als 50 Eier zum Einsatz kamen, einsehen, dass ihre Aktion außer Kontrolle geraten war. Nach diesem negativen Höhepunkt der Kampagne wurde der Slogan wenige Tage vor den Wahlen zum Positiven verändert: Aus „Eier auf Paroubek“ wurde nun „Wählen statt Eierwerfen“.

Eine neue Entwicklung, die auffiel: Der Wahlkampf war geprägt von neuen Kommunikationsmethoden. Die Parteien bemühten sich dieses Mal besonders um die Jung- und Erstwähler. So präsentierte sich etwa die ODS in Onlineportalen wie youtube oder Twitter, in Chatrooms konnten sich potentielle Wähler direkt an ihre Kandidaten wenden und sich Wahlprogramme interaktiv erklären lassen. Wahlspots und Wahlaufrufe wurden in den vergangenen Wochen mehrmals täglich zwischen Fernsehsendungen mit überwiegend jungem Publikum gesendet.

Bieten die Ergebnisse der Europawahl nun einen Vorgeschmack auf den Oktober? So sehr Mirek Topolánek die EP-Wahlen als Sieg seiner Partei verkauft – letztendlich weiß er selbst am besten, dass es sich um ein ambivalentes Ergebnis handelt. Aus den Ergebnissen einen Rückschluss auf den Ausgang der Herbstwahlen zu ziehen, wäre verfehlt (wieso verfrüht? Wann soll er sonst einen Rückschluss aus den jetzigen Wahlen ziehen?!). Der Sieg der ODS basiert vor allem darauf, dass es der ČSSD nicht gelang, ihre Wähler für das Thema Europa zu begeistern. Die Wahlen im Herbst werden jedoch unter anderen Vorzeichen stattfinden: Für den tschechischen Wähler ist das Thema Europa gerade einmal Nummer 13 auf der Präferenzliste beim Wahlentscheid. Dass dann für die ODS ein ähnlicher Erfolg wie bei den EP-Wahlen herausspringt, ist eher fraglich.

Der Ton wird rauer in Tschechien. Die Tschechen können sich für die nächsten Monate noch auf einen spannenden Wahlkampf gefasst machen.

Ein Fazit lässt sich aber sicher aus den Ergebnissen schließen: Die Bedeutung der Wahlen zum Europäischen Parlament hat nur wenige Menschen in Tschechien erreicht. Obwohl

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

durch die tschechische Ratspräsidentschaft Europa in allen Augen und Ohren ist, blieb die Wahlbeteiligung erstaunlich gering: Nur 28 Prozent der Tschechen gaben ihre Stimme ab. Diese Tatsache hat weniger mit Vaclav Klaus Aussage, die Europawahlen seien „bedeutungslos“ und „Zeitverschwendung“ zu tun. Es zeigt viel mehr, dass sich die EU für viele Tschechen zu einer eher anonymen bürokratischen „Behörde“ entwickelt. Zwei Drittel der tschechischen Bevölkerung geben an, sie hätten nicht das Gefühl, neben der tschechischen auch eine Unionsbürgerschaft zu besitzen.

TOP 09 – EINE NEUE PARTEI IN DER TSCHECHISCHEN POLITLANDSCHAFT

Tschechiens Politlandschaft ist um eine weitere Partei reicher: TOP 09. Die Partei will sich als konservative Partei rechts der Mitte positionieren: T für „tradice“ – Tradition, O für „od-povědnost“ – Verantwortung und P für „prosperita“ – Wohlstand bilden den Parteinamen T-O-P. Die Bewegung sieht sich so auch nicht nur als Alternative zu den Christdemokraten (KDU-ČSL), sondern auch als Konkurrent der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) von Mirek Topolánek.

Die treibende Kraft der Partei, die am 11. Juni offiziell vorgestellt wurde, ist Miroslav Kalousek. Bis zum Sturz des Kabinetts Mirek Topoláneks Ende März war er Finanzminister und bis vor kurzem noch Mitglied der KDU-ČSL. Gemeinsam mit weiteren Parteimitgliedern, darunter Ex-Verteidigungsministerin Vlasta Parkanová, erklärte Kalousek kurz vor dem letzten



Parteitag seinen Austritt aus der KDU-ČSL. Die neue Partei wartet mit einigen politischen Schwergewichten auf, die in der tschechischen Politik keine Unbekannten sind. So wurde bekannt gegeben, dass auch der bisher den Grünen nahe stehende ehemalige Außenminister Karel Schwarzenberg die neue Partei unterstützen will. Diese Unterstützung beschränkt sich nicht nur auf das Agieren im Hintergrund, wie Miroslav Kalousek erklärte: „Zum Spitzenkandidaten, Vorsitzenden des Gründungsausschusses und klaren Favoriten für das Amt des Parteivorsitzenden der Partei ‚Top 09‘ haben wir Herrn Senator Karel Schwarzenberg bestimmt.“ Das Debakel bei den Europawahlen veranlasste Schwarzenberg dazu, sein bisheriges Engagement bei den Grünen zu beenden.

Neueste Umfragen zeigen, dass die Tschechen der neu gegründeten Partei sehr aufgeschlossen gegenüberstehen. 40 Prozent der tschechischen Bürger schließen eine Wahl von TOP 09 nicht aus und fast 60 Prozent der Befragten räumen ihr gute Chancen auf einen Einzug ins Parlament bei den kommenden Wahlen im Oktober dieses Jahres ein. 18 Prozent der bisherigen ODS-Wähler unterstützen die Partei des ehemaligen Finanzministers, 47 Prozent finden sie sympathisch. In Kreisen der ČSSD-Wähler hingegen unterstützen nur vier Prozent TOP 09 und auch die Sympathiewerte erreichen hier nur 24 Prozent. Der Partei werden bei den anstehenden Parlamentswahlen gute Chancen eingeräumt, da sie sich als „Protestbewegung“ gegen die großen, etablierten Parteien versteht. Experten gehen davon aus, dass Wähler, die eine Mitte-Links-Regierung befürworten, die KDU-ČSL wählen würden. Sympathisanten einer Mitte-Rechts-Regierung tendieren hingegen zu TOP 09, was vor allem die beiden großen Parteien, ODS und ČSSD, viele Stimmen kosten könnte. „Wir wollen Themen angehen, die auch weh tun. Wir wollen den Bürgern zeigen, dass wir sehr wohl Recht und Ordnung als oberste Gebote ansehen“, unterstrich Karel Schwarzenberg seine Vorstellungen und betonte die pro-europäische Ausprägung von TOP09. Bei entsprechendem Abschneiden

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

im Herbst ist mit einem Antrag zum EVP-Beitritt zu rechnen. Kalousek erklärte zudem, dass er es für durchaus denkbar halte, dass TOP 09 mit einem Partner und einer gemeinsamen Liste bei den Wahlen im Herbst antreten werde, da es in Tschechien für unabhängige kleine Parteien noch immer schwieriger sei, auf nationaler Ebene erfolgreich zu sein.

SECHS MONATE TSCHECHISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT – WAS BLEIBT?

Der Beginn der tschechischen Ratspräsidentschaft war zunächst holprig. So hat der Inhaber der Ratspräsidentschaft jeweils das Recht, die Fassade des Ratsgebäudes in Brüssel mit einem Kunstwerk zu schmücken. Doch bereits das Konzept des tschechischen Künstlers David Černý entsprach nicht der ursprünglichen Idee: Entgegen der zuvor getroffenen Vereinbarung mit der tschechischen Regierung, laut der an dem Gesamtkunstwerk Künstler aus allen EU-Ländern mitwirken sollten, erledigte das Černý alles selbst und erfand einfach die übrigen 26 Biografien der Künstler, die angeblich an „Entropa“ mitarbeiteten. Die EU-Länder wurden in der Form eines Plastikmodellbausatzes provokant dargestellt: So wurde etwa Bulgarien als Collage aus türkischen Steh-toiletten symbolisiert, Deutschland als eine Fläche mit Autobahnen, deren Anordnung als Hakenkreuz verstanden werden kann und Dänemark als Ansammlung von Lego-Steinen, deren Anordnung als Motiv aus der Serie „Das Gesicht Mohammeds“ interpretiert wurde. Bulgarien erhob als erstes Land Einspruch gegen die Darstellung, viele andere schlossen sich an. Kurz nach dem Sturz Mirek Topoláneks montierte Černý seine Installation aus Protest gegen den Regierungssturz Anfang Mai ab.

Gas und Gaza – Bewährungsprobe für Tschechien

Doch nicht nur künstlerisch, auch politisch war der Beginn der Ratspräsidentschaft nicht einfach. Insbesondere in den ersten Tagen der Gaza-Krise äußerten sich die Verantwortlichen in Tschechien nicht im Sinne ihrer europäischen Kollegen. So bezeichnete der damalige Ministerpräsident Mirek Topolánek Anfang Januar die israelischen Bodenoperationen als „Akt der Selbstverteidigung“, was heftige Kritik vieler europäischer Länder nach sich zog. Daraufhin entschuldigte sich Tschechien zwar für das „Missverständnis“, distanzierte sich aber dennoch von einem sofortigen Waffenstillstand. In Brüssel entstand teilweise der Eindruck, Tschechien spreche nur für sich, nicht aber als Ratspräsident für die 26 weiteren Mitgliedsstaaten. Bezeichnend hierfür war, dass nicht die europäische Delegation unter Führung des damaligen tschechischen Außenministers Karel Schwarzenberg, sondern die Nahost-Reise Nicolas Sarkozys wesentlich zum entscheidenden Durchbruch im Gaza-Konflikt beitrug.

Doch schnell änderte sich dieses Bild Tschechiens, denn während der Gaskrise profilierte sich Tschechien als fähiger und entschlossener Verhandlungsführer. Mirek Topolánek reiste selbst nach Russland, um mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin und der ukrainischen Premierministerin Julia Tymoschenko über die ausgesetzten Gaslieferungen zu verhandeln. Es gelang ihm in Moskau und Kiew, eine Beobachtermission auszuhandeln, an der sich sowohl die Ukraine als auch Russland beteiligten. Die erzielte Einigung und die Wiederaufnahme der Energielieferungen waren ein erster Achtungserfolg für Topolánek, der sein Ansehen als EU-Politiker dadurch deutlich aufbessern konnte.

Ringens um den Lissabonner Vertrag

Ein weiteres großes Thema, das die sechs Monate der Ratspräsidentschaft nachhaltig geprägt hat, war die Ratifikation des Lissabonner Vertrags in Tschechien selbst. Nach zähem

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

Ringen verabschiedete das Abgeordnetenhaus am 18. Februar das Vertragswerk, der Senat folgte am 6. Mai nach. Die erzielte Mehrheit war letztlich sogar deutlicher als erwartet: Nötig für die Ratifizierung war eine 3/5-Mehrheit der anwesenden Senatoren, letztlich stimmten fünf Senatoren mehr als nötig für den Vertrag. Die Senatoren beschlossen aber auch das so genannte „gebundene Mandat“, nach dem die tschechische Regierung in Zukunft nur Kompetenzen auf EU-Ebene übertragen kann, wenn beide Parlamentskammern zustimmen.



Staatspräsident Václav Klaus konnte die beiden Kammern nicht von einem Votum zugunsten des Vertrags abhalten. Letztendlich hat er dennoch einen Trumpf in der Hand, da erst die Unterschrift des Staatspräsidenten internationale Verträge laut Verfassung ratifiziert. Doch bereits im Februar schmälerte Klaus mit seiner Rede vor dem Europäischen Parlament die Hoffnungen auf seine Unterschrift erheblich. So hob er zwar hervor, dass es für sein Land „keine Alternative zum EU-Beitritt gab und gibt“, doch gleichzeitig stellte er die Vorgehensweise der Europäischen Union bei ihrer Integrationspolitik in Frage: „Den Status quo, d.h. die gegenwärtig vorhandene institutionelle Anordnung der EU, als ein für alle Male nicht kritisierbares Dogma zu betrachten, ist ein Irrtum (...)“ Aus Protest über diese Aussagen verließen einige Parlamentsabgeordnete in Brüssel den Plenarsaal. Klaus erklärte weiterhin, dass sich die EU von den Menschen in Europa immer mehr entferne und Brüssel schon jetzt mehr Gesetzgebungskompetenzen innehatte, als es die europäischen Bürger gutheißen würden. Dass sich Klaus nach wie vor weigert, selbst während der Ratspräsidentschaft seines Landes die EU-Flagge auf der Prager Burg zu hissen, passt also ins Bild.

Sturz der Regierung Topolánek und Obamas Besuch in Prag

Václav Klaus, der gerne als Weltpolitiker auftritt, profitierte zudem von den innenpolitischen Problemen in Tschechien. Denn so viele Pluspunkte Tschechien und Mirek Topolánek in den ersten drei Monaten gesammelt hatten, so viel Ansehen büßten sie ein, als im April die Regierung Topolánek durch ein Misstrauensvotum gestürzt wurde. Tschechien, und somit auch die EU, standen plötzlich führungslos da: Die Sozialdemokraten, die beim fünften Misstrauensantrag Erfolg mit dem Sturz der Regierung hatten, wollten keinesfalls selbst die Regierungsverantwortung übernehmen. Erst nach langem Ringen konnte man sich auf die Bildung einer unpolitischen „Expertenregierung“ einigen, angeführt vom Chef des Statistischen Amtes, Jan Fischer. Die Folgen dieser Ereignisse für den Fortlauf der Ratspräsidentschaft waren fatal: Viele Staats- und Regierungschefs blieben den Gipfeltreffen fern und schickten nur Stellvertreter oder Regierungsbeamte. Die Punkte der tschechischen Agenda gerieten mehr und mehr in Vergessenheit. Andere Staaten mussten die Führung in wirtschafts- und finanzpolitischen Verhandlungen übernehmen, da die Wirtschaftskrise schnelles Handeln verlangte. Die Gunst des politischen Vakuums in Tschechien nutzte der Staatspräsident: Der zuvor auffallend zurückhaltende Václav Klaus betrat einmal mehr als Vertreter Tschechiens die internationale Bühne. Sei es beim EU-Russland-Gipfel oder beim EU-Korea-Gipfel, es war Klaus, der in seine Lieblingsrolle des gewandten und einflussreichen Politikers zurückkehren durfte. Bezeichnend ist hierbei, dass er als einziger tschechischer Politiker im Laufe der Ratspräsidentschaft nichts an Sympathie im eigenen Land eingebüßt hat. Während die Umfragewerte für Topolánek zeitweise auf den historischen Tiefstand von unter 20 Prozent fielen, kann Václav Klaus nach wie vor auf die Unterstützung von 66 Prozent seiner Landsleute zählen.

Einer der Höhepunkte der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft war zweifelsohne der Besuch Barack Obamas in Prag. Vor rund 20.000 Menschen hielt er auf der Prager Burg eine viel

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

umjubelte Rede, in der er sich bei Tschechien und seinen Bürgern bedankte: „Tschechien stand uns zur Seite, als wir angegriffen wurden. Das werden die USA nicht vergessen“. Auch hier genoss Václav Klaus das Rampenlicht der Weltpolitik und erklärte stolz, insgesamt 16 Stunden an der Seite Barack Obamas gewesen zu sein, auch wenn Klaus, der den Klimawandel gerne als Mythos abtut, nicht in allem mit dem bekennenden Klimaschützer Obama einer Meinung gewesen sein dürfte. Mit seiner 40-minütigen Rede eroberte Barack Obama die Herzen der Prager zwar im Sturm, doch konkrete Ergebnisse brachte das USA-EU-Gipfeltreffen nicht. So waren im Vorfeld noch intensive Gespräche mit der tschechischen Regierung geplant, welche jedoch nach dem Sturz Mirek Topoláneks abgesagt wurden – Obama führte seine Gattin lieber zum Essen aus. Ein weiterer Beleg dafür, dass die Tschechen mit dem Misstrauensvotum und dem Sturz der Regierung während der eigenen Ratspräsidentschaft ihrem Ansehen eher geschadet haben.



Aufgrund dieser innenpolitischen Instabilität war es auch nicht Tschechien, das sich als treibende Kraft hinter den Initiativen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt hat. Zwar wurde und wird Tschechien ebenso von den Auswirkungen der globalen Krise erfasst, doch die entscheidenden Vorschläge zum Krisenmanagement kamen insbesondere aus Deutschland, England, Frankreich und Schweden, das im Juli den Vorsitz im Europäischen Rat übernehmen wird. Nur zögerlich unterstützten die tschechischen Politiker die Forderungen nach zentralen Kontrollorganen für die Finanzmärkte. Wie auch in der Diskussion um die Einführung des Euro hat Tschechien einmal mehr gezeigt, dass es der Europäischen Integration nach wie vor nicht ganz über den Weg traut, obwohl eine klare Mehrheit der tschechischen Bürger mit der EU sympathisiert.

Innenpolitische Querelen verhindern positiven Abschluss

So stiegen die Sympathiewerte und das Interesse für Europa zu Beginn der Präsidentschaft sogar noch an, die Erfolge während der Gaskrise und das Auftreten Topoláneks und seines Kabinetts auf europäischer Ebene weckten eine neue Europabegeisterung in Tschechien. Man sah sich zum ersten Mal auf Augenhöhe mit den „alten“ Staaten wie Deutschland oder Frankreich. Nach dem Sturz Topoláneks ließ diese Begeisterung allerdings spürbar nach und auch das Interesse an der Ratspräsidentschaft sackte deutlich ab. Besonders bedauerlich ist, dass nun nicht wie üblich eine enge Kooperation der beiden aufeinander folgenden Länder der Ratspräsidentschaft möglich ist. Viele junge, engagierte Mitarbeiter der ehemaligen Regierung und der europäischen Institutionen vor Ort erhalten nun nicht die Gelegenheit, ihre Erfahrungen mit den Kollegen in Schweden zu teilen oder selbst nach Skandinavien zu reisen, um vor Ort zu helfen und selbst Neues zu lernen oder Kontakte zu knüpfen.

So bleibt insgesamt festzuhalten, dass Tschechien in den vergangenen sechs Monaten einmal mehr unter Beweis gestellt hat, dass es hier und da vorzieht, seinen eigenen Weg zu gehen, einen Weg der leider nicht immer mit dem Weg der übrigen EU-Staaten übereinstimmt. Auf der anderen Seite haben zahlreiche führende Politiker, die lange als Euroskeptiker galten, inzwischen durch neu gesammelte, europäische Erfahrungen ihre Standpunkte teils fundamental geändert. Und noch ein positiver Punkt im Fazit: Tschechiens junge Generation hat gezeigt, dass sie Verantwortung übernehmen kann und Lust auf Europa hat – Hunderte von gut ausgebildeten jungen Menschen haben unter großen Strapazen in den zahlreichen Institutionen, Ministerien, Vertretungen, bei Empfängen etc. dafür gekämpft, dass ihr Land die große Herausforderung meistert. Nun ist es letztendlich tragisch, dass ge-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de

www.kasprag.cz

rade diese motivierten jungen Menschen am meisten vom Regierungsfall getroffen wurden. Nicht selten hört man gerade aus deren Reihen Wörter wie „Scham“ und „Schande“ – dabei ist es gerade diese Generation, die bravouröse Arbeit geleistet hat und die Zukunft der Tschechischen Republik maßgeblich mitprägen wird.

**ZWISCHEN SCHENGEN UND SCHLEIERFAHDUNG –
5 JAHRE EU-MITGLIEDSCHAFT – VERSUCH EINER BILANZ**

Am 1. Mai 2004 war es endlich soweit: Tschechien und neun weitere Länder traten der EU bei. Fünf Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union bietet es sich an, einmal hinter die Kulissen zu schauen und zu fragen, was dieser Schritt für Tschechien und die Europäische Union gebracht hat.

Die Beitrittsgespräche begannen bereits 1998. Von nun an galt es für Tschechien, die Rechtsnormen der EU übernehmen, um in die Gemeinschaft aufgenommen werden zu können. In einem Referendum, das nach den Beitrittsverhandlungen abgehalten wurde, sprachen sich 2002 77 Prozent der tschechischen Bevölkerung für den EU-Beitritt aus und zeigten damit die große Zustimmung für eine Mitgliedschaft. Gleichzeitig herrschte aber nicht nur Begeisterung, sondern auch hier und da Angst in der tschechischen Bevölkerung. Man könne dem internationalen Wettbewerb nicht standhalten oder es müsse mit steigenden Preisen gerechnet werden, so die Befürchtungen. Der Beitritt an sich vollzog sich unter enormer Anteilnahme der Bevölkerung. An vielen Stellen der deutsch-tschechischen Grenze wurde in der Nacht zum 1. Mai 2004 und dem darauf folgenden Tag der Beitritt Tschechiens zur EU gefeiert.

Mit dem 21. Dezember 2007 wurden auch die strengen Grenzkontrollen Geschichte. Der Beitritt zum Schengen-Raum bedeute nicht nur für Tschechien, sondern für alle 2004 beigetretenen EU-Mitgliedsländer den Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen. Mit dem Slogan „Freie Fahrt durch Europa“, symbolisiert durch eine Ampel mit drei grünen Lichtern, zeigte die tschechische Regierung, einen weiteren Schritt im Rahmen der Europäischen Integration verwirklicht zu haben. Vor allem die Wirtschaft auf beiden Seiten der Grenze konnte von dem ungehinderten Austausch profitieren und sich enger vernetzen. Doch die Freude über den Wegfall der Kontrollen wurde nicht von allen Bürgern geteilt. Vor allem auf der deutschen Seite hegte man offenbar die Befürchtung, dass sich die Sicherheit an den Grenzen zunehmend verschlechtern könnte. „Mobile Einheiten“ und gemeinsame Einsatzzentren sorgen nun für Sicherheit im deutsch-tschechischen Grenzraum.

Seit einiger Zeit sorgen aber Kontrollen der besonderen Art für Ärger bei den tschechischen Bürgern. So genannte Schleierfahndungen machen es möglich, Personen verdachts- und ereignisunabhängig kontrollieren zu können, um die Sicherheit im Grenzgebiet zu gewährleisten. Dabei stehen vor allem Ausländer im Visier deutscher und österreichischer Gesetzeshüter. Rechtlich umstritten, begründet es der Bund deutscher Kriminalbeamter mit dem signifikanten Anstieg von Eigentumsdelikten im gesamten deutsch-tschechischen Grenzraum. Tschechiens Innenminister Ivan Langer (ODS) rief dazu auf, Behörden über negative Erfahrungen mit ausländischen Polizisten zu informieren. Von tschechischer Seite reagiert man mit gleicher Münze: Auch in Tschechien sind durch den Wegfall der Grenzkontrollen Schleierfahndungen durchaus legitim.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

Eine positive Bilanz des EU-Beitritts ziehen die Regionen Ostbayern und Westböhmen: Wie Bayerns Innenminister, Joachim Herrmann, berichtet, sei die Sicherheit gestiegen. „Fünf Prozent weniger Straftaten gegenüber dem Vorjahr“ kann die Region verzeichnen. Auch wirtschaftlich haben die grenzüberschreitenden Kooperationen Vorbildcharakter. Mit der Zukunftsinitiative „Wir sind Europa“, gefördert durch EU-Mittel, soll das Verkehrsnetz verbessert und die Vorteile und Potentiale des gemeinsamen Wirtschaftsraums stärker betont werden. Gleichzeitig entwickelten sich Partnerschaften zwischen deutschen und tschechischen Schulen. Nicht selten werden auch sportliche Wettkämpfe zum Sammelpunkt für grenzüberschreitende Begegnungen genutzt.

Eine große Herausforderung für das Land ist die diesjährige Ratspräsidentschaft. Lange hatte sich Tschechien auf diese Monate vorbereitet. Mit dem Slogan „Europa ohne Barrieren“ versuchte das Land, international Akzente zu setzen, politische Schranken weiter abzubauen und die Europäische Integration zu vertiefen. Doch nach dem guten Start überschattete der Sturz der Regierung Topolánek Ende März die vergangenen Monate. Eine neue Expertenregierung sollte nun beweisen, dass Tschechien trotz innenpolitischer Turbulenzen in der Lage war, Europa politisch zu führen. Und obwohl man den problemlosen Fortgang der Ratspräsidentschaft versicherte, haben die Ereignisse einen negativen Beigeschmack hinterlassen. Einer der größten Euroskeptiker ist und bleibt Václav Klaus. Nicht nur, dass er die EU als „Schaffung eines künstlichen, europäischen Superstaates“ bezeichnete, er bringt sich auch durch die Vorliebe für die Partei Libertas.cz sowie durch weitere EU-kritische Äußerungen immer wieder ins Gespräch. Und immer noch fehlt seine Unterschrift unter dem Vertrag von Lissabon. Bereits 2004 behauptete er, der Vertrag bedrohe „Freiheit, Demokratie und Prosperität in Europa“. Für diese Haltung erntete er nicht nur Kritik aus den eigenen Reihen, sondern auch von anderen Mitgliedsländern.

Andere Politiker, wie Mirek Topolánek, sehen den EU-Beitritt differenziert. Die Erweiterung von 2004 würde sich als Vorteil in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise erweisen. Auch in anderen Bereichen hat Tschechien von der Mitgliedschaft profitiert. So stellte die EU nach Tschechiens Beitritt bis zum vergangenen Jahr für verschiedenste Projekte insgesamt 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Ängste, die noch vor dem Beitritt bestanden, wurden nicht bestätigt. Weder kam es zu den prognostizierten Preisanstiegen, noch zu dem vorhergesagten Zustrom von Ausländern nach Tschechien. Diese positiven Auswirkungen des EU-Beitritts machen sich auch zunehmend in der Bevölkerung bemerkbar. In Umfragen bringen die Tschechen den Europäischen Institutionen mehr Vertrauen entgegen als dem tschechischen Abgeordnetenhaus oder der Prager Regierung.

Trotzdem herrscht innerhalb der tschechischen Bevölkerung eine geteilte Meinung über den EU-Beitritt. Langfristig gesehen sind 40 Prozent der Tschechen deutlich zufrieden mit dem EU-Beitritt. Meist sind es junge Menschen und Hochschulabsolventen, die sich pro-europäisch zeigen. Weitere 15 Prozent wollen sich auf keine Antwort festlegen. Gleichzeitig meinen aber auch ca. zwei Drittel der Bevölkerung, sie hätten nicht das Gefühl, auch Unionsbürger zu sein. Und dies, obwohl drei Viertel aller Tschechen mit der EU-Mitgliedschaft bessere Lebensbedingungen sowie Arbeitsmöglichkeiten verbinden und die tschechische Ratspräsidentschaft für die Bevölkerung bleibende Eindrücke hinterlassen hat. Über 60 Prozent der Bevölkerung meinen, Tschechien habe durch die EU-Mitgliedschaft weltweit an Prestige gewonnen. Was nach fünf Jahren tschechischer EU-Mitgliedschaft bleibt, ist also ein ziemlich ambivalentes Bild. Es gibt noch einiges zu tun.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

EUROPA IN TSCHECHIENS MEDIEN

Europäische Themen in nationalen Medien unterzubringen, ist ein schwieriges Unterfangen. Selbst in den ältesten Mitgliedsstaaten der EU ist nur selten zu beobachten, dass Medien über Europafragen ohne die Anbindung nationaler Aspekte berichten. Auch Tschechien tut sich in dieser Hinsicht schwer. Während der nun ablaufenden Ratspräsidentschaft war das allerdings anders zu erwarten. Wie aber verlief die Berichterstattung? Worüber wurde berichtet? Wie steht es um die tschechischen Medien? Und: Welche Auswirkung hatte das auf die tschechische Öffentlichkeit und die ihr nachgesagte Europaskepsis?

Das Thema „Europa“ erlebte in den vergangenen sechs Monaten in der tschechischen Berichterstattung eine Berg- und Talfahrt. Zu Beginn des Jahres überwogen positive oder zumindest neutrale Beiträge die euroskeptische Berichterstattung. Zuspruch erhielten die Politiker in der Ratspräsidentschaft vor allem als es daran ging, im Rahmen der russischen Gaslieferungen und im Gaza-Krieg zu vermitteln. Der damalige Premierminister Mirek Topolánek, der bis zu diesem Zeitpunkt in der öffentlichen Wahrnehmung sehr kritisch gesehen wurde, erschien plötzlich in einem anderen positiven Licht: Stark und selbstbewusst vertrat er europäische und tschechische Interessen gegenüber Vladimir Putin in Moskau und punktete in den tschechischen Medien daraufhin auch durch seine kritische Haltung gegenüber den Maßnahmen anderer EU-Mitgliedsstaaten in der Wirtschaftskrise. Doch mit zunehmenden Problemen in der Innenpolitik änderte sich auch die Berichterstattung. Nach dem Sturz der Regierung hagelte es Kritik. 86 Prozent aller Berichterstattungen rund um die Ratspräsidentschaft waren seitdem negativ besetzt. Zwar konnte der Besuch Barack Obamas die Stimmung etwas auflockern, der Grundtenor blieb aber kritisch. Erst im Mai, als mit der Einsetzung der „Expertenregierung“ in der Innenpolitik wieder „Normalität“ einkehrte, wurden die Berichte neutraler.

Einer hatte die ganzen Monate Schlagzeilen sicher: Der Künstler David Černý und seine „Entropa-Plastik“. Selbst heute wird er in den tschechischen Medien weiter diskutiert, und das zumeist in einem positiven Licht.

Wie andere postkommunistische Staaten hat auch Tschechien mit der Stabilisierung des Mediensektors als festen Pfeiler der Demokratie zu kämpfen. Nach Jahrzehnten der Zensur war es nicht einfach, „von Null auf“ westliche Standards der Berichterstattung und journalistischen Qualität zu erreichen. Tschechische Journalisten sind nach wie vor auf der Suche nach ihrem Selbstverständnis: Agenda-Setter? Kommentator? Faktendarsteller? Was ist die Aufgabe und Pflicht eines Journalisten? In dieser Hinsicht steht es so schlecht nicht um die Moldau-Republik: Im Jahr 2008 wurde Tschechien zum Thema Pressefreiheit von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ sogar besser benotet als Deutschland. Ein deutliches Zeichen dafür, dass Tschechien „wieder in Europa“ angekommen ist.

Die Ausgangslage war dabei alles andere als einfach: Noch vor wenigen Jahrzehnten konnte in Tschechien von freier Berichterstattung nicht die Rede sein. Im kommunistischen Regime standen staatliche Repressionsmaßnahmen auf der Tagesordnung. Kritik gegen das System und freie Meinungsäußerung wurden strengstens unterbunden. Nicht zuletzt zeigten die Geschehnisse im Jahr 1968, welche Konsequenzen das Auflehnen gegen diese strikten Auflagen nach sich ziehen kann.

Trotz der Fortschritte, die die Medienlandschaft und die Berichterstattung in den letzten Jahren seit der Wende vollzogen haben, sind auch in Tschechien die Medien nicht frei vom Einfluss Dritter. So werden sie nicht selten Zielscheibe wirtschaftlicher aber auch politischer

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

Interessen. So ist fraglich, ob nicht die ein oder andere Zeitschrift an Kritik spart, wenn die Interessen ihrer Sponsoren und Werbepartner auf dem Spiel stehen.

Nicht nur in Tschechien zwingt das Spannungsfeld zwischen journalistischer Zielsetzung und wirtschaftlichem Druck die Journalisten, ihre Inhalte den Interessen der Leser anzupassen – Die Tendenz zu Boulevardisierung kommt da nicht von ungefähr.

Zuletzt sorgte auch das so genannte „Maulkorbgesetz“ in Tschechien für Diskussionen. Nach einer Gesetzesnovelle ist nun das Veröffentlichen von Abhörprotokollen in den Medien. Erst, wenn die Protokolle als Beweismaterial in einem Strafverfahren dienen, darf zitiert werden. Dass viele Verfahren in der Vergangenheit gerade durch die Veröffentlichung solcher Protokolle ins Rollen kamen, bleibt außen vor. Das Abgeordnetenhaus begründete die Entscheidung damit, dass Abhörprotokolle nie auf legalem Wege an die Öffentlichkeit gelangen könnten. Doch nicht nur tschechische Journalisten protestierten. Auch internationale Organisationen wie „Reporter ohne Grenzen“ äußerten Bedenken gegen diesen Schritt. Sie sehen die freie und ungehinderte Berichterstattung beschnitten. Auch in Brüssel äußerte man Bedenken gegen den Schritt, denn mit dem Gesetz bewegt sich Tschechien in einer rechtlichen Grauzone.

Selbst die Bevölkerung steht ihrer eigenen Medienlandschaft skeptisch gegenüber. Nur wenigen Zeitschriften wird ein hoher Wahrheitsgehalt zugesprochen. Dabei schneiden öffentlich-rechtliche Medien immer noch am besten ab.

Die tschechischen Journalisten leiden im Arbeitsalltag unter Ressourcenmangel, Zeitdruck, massiv unterbesetzten Redaktionen, geringem Einkommen, geringem gesellschaftlichen Ansehen und kaum Weiterbildungsmöglichkeiten. Doch genau hier liegt der Knackpunkt: Bildung ist auch hier der Schlüssel zu besserer Qualität. In der Realität jedoch fallen Fortbildungsseminare oftmals aufgrund von Personal- und Zeitmangel weg. Vertraglich zugesicherte Weiterbildung findet nicht statt. Eine dem deutschen Journalistenverband ähnliche Organisation gebündelter Interessen der Redakteure existiert bisher nicht. Das genau wäre aber der nächste, wichtige Schritt in der Entwicklung des tschechischen Journalismus: Eine Interessensvertretung, die unabhängig für die Rechte der Journalisten eintritt und diese auch rechtlich vertritt. Erst dann ist mehr Risikobereitschaft und Recherchemut zu erwarten, denn kaum jemand spielt gerne täglich mit seiner Existenzgrundlage und lehnt sich zu weit aus dem Fenster.

Dennoch: Trotz der „Mängel“ hat es Tschechien als noch junge Demokratie geschafft, eine pluralistische, relativ unabhängige und freie Medienlandschaft zu entwickeln. Dass in dieser Zeit noch nicht vollkommene Stabilität und Vollkommenheit herrschen kann und die Spuren der Geschichte weiterhin wirken, sollte nicht vergessen werden. Und angesichts einiger Vorreiter-Medien wird es auch in Tschechien dazu kommen, dass Standards in Qualität und rechtlicher Absicherung gesetzt werden, die vom Leser honoriert und nachgefragt werden. Dann werden andere Verlage nachziehen müssen – ob die Controller wollen oder nicht.

VON KNÖDELN ZU KÖTBULLAR – ÜBERGABE DER EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT VON TSCHECHIEN AN SCHWEDEN

Nach turbulenten sechs Monaten endet die tschechische Ratspräsidentschaft am 31. Juni und wird von Schweden übernommen. So liegt die Führung der EU nun in Händen einer par-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

lamentarisch-demokratischen Monarchie Skandinaviens, deren Staatsoberhaupt seit 1973 König Karl XVI. Gustaf ist. Sein Land ist in 21 Provinzen unterteilt, deren 349 Vertreter, die alle vier Jahre neu gewählt werden, im *Riksdag* („Reichstag“) zu finden sind. Der Reichstag ernennt den Ministerpräsidenten, der seinerseits die weiteren Minister ernennt. Anders als der Großteil der europäischen Demokratien hat Schweden ein politisches System, in dem die jeweiligen Minister die exekutiven Organe nicht direkt steuern dürfen. So haben die Ministerien vor allem die Aufgabe, Gesetzesvorlagen auszuarbeiten und im Idealfall die Arbeit der Exekutivorgane durch Verordnungen zu beeinflussen.

Schweden galt lange Zeit als sozialdemokratisches Musterland und wurde von vielen europäischen Linken als gelungenes Beispiel für einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft gepriesen. Dies hat sich jedoch spätestens seit den umfassenden Wirtschafts- und Sozialreformen in den 90er Jahren geändert, auch wenn Schweden noch immer über eines der umfassendsten Sozialsysteme weltweit verfügt. Die letzten Reichstagswahlen fanden 2006 statt. Wahlsieger war die aus vier bürgerlichen Parteien bestehende *Allianz für Schweden*. Die Sozialdemokraten mussten sich mit knapp 35 Prozent zufriedengeben, was, obwohl sie stärkste Partei im Reichstag blieben, ihr schlechtestes Ergebnis seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts darstellte. Der neue Reichstag wählte am 5. Oktober 2006 Fredrik Reinfeldt (*Moderata samlingspartiet*; konservative Moderate Sammlungspartei) zum Premierminister. Er löste Göran Persson ab.

Schweden ist erst seit 1994 Mitglied der EU, denn aufgrund des Kalten Krieges sah das Land einen möglichen EU-Beitritt vor 1989 als unvereinbar mit seiner Neutralitätspolitik an. Doch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus trat Schweden schließlich in der vierten Erweiterungsrunde der Europäischen Union bei. Die wichtigsten europapolitischen Themen auf der Agenda der schwedischen Regierung sind mehr Transparenz in der EU, mehr Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen und eine friedliche Globalisierung in Zeiten der weltweiten Wirtschaftskrise. Schweden unterstützt außerdem aktiv die Beitrittsbemühungen der Türkei, ebenso wie die Absichten weiterer osteuropäischer Staaten in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Auch das Volk hat in Schweden traditionell ein großes Mitspracherecht: So wurde am 14. September 2003 in Schweden über die Einführung des Euro abgestimmt. Dieser Schritt war bereits im Vorfeld äußerst kontrovers diskutiert worden, und letztlich setzten sich die Euro-Skeptiker mit einer Mehrheit von 56,1 Prozent durch. Sie sahen in der möglichen Euro-Einführung eine Bevormundung der schwedischen Währungspolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB). Vor 2013 soll es laut der schwedischen Regierung keinen weiteren Volksentscheid zur Einführung des Euro geben. Die damalige Abstimmung war zudem durch die Ermordung der schwedischen Außenministerin Anna Lindh überschattet worden.

Volksentscheide über wichtige politische Schritte sind in Schweden fest im sozialen System verankert und keine Seltenheit. Aus diesem Grund weist der Demokratieindex der Zeitschrift *The Economist* Schweden vor Island und den Niederlanden als das demokratischste Land der Welt aus. Hinzu kommt das geltende Öffentlichkeitsprinzip. Alle behördlichen Schriftstücke sind, mit geringen Ausnahmen, der Presse und allen Privatpersonen zugänglich, ohne Angabe von Gründen. Dieses Gesetz gilt seit 1766 und ist damit die weltweit älteste Verfassungsregelung zur Informationsfreiheit. Auch auf dem Gebiet des Datenschutzes gehört Schweden zu den Vorreitern: Das weltweit erste nationale Datenschutzgesetz trat in Schweden bereits 1973 in Kraft.

In Zeiten des Klimawandels macht sich Schweden einen Namen als „grüner“ Staat. So wurde 2006 die komplette Umstellung auf erneuerbare Energien in allen Bereichen bis 2020 an-

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

gekündigt. Auch der Ausstieg aus der Atomenergie wurde beschlossen, wobei hier davon auszugehen ist, dass der angestrebte Termin im kommenden Jahr nicht eingehalten werden kann. So wurden zum einen die Laufzeiten der bestehenden Reaktoren verlängert und sogar der Bau eines neuen Kraftwerks beschlossen. Auch Schweden wurde von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hart getroffen, denn wie in Deutschland ist die nationale Wirtschaft stark vom internationalen Handel abhängig. Schweden ist ein Exportland. Wie in Deutschland sind es vor allem Maschinen, Elektro- und Elektronikprodukte sowie Kraftfahrzeuge und Kfz-Bestandteile, die traditionell die Wirtschaft ankurbeln. Der schwedische Finanzminister Anders Borg forderte deswegen bereits energischere Schritte der Politik, die er nach Übernahme der Ratspräsidentschaft selbst auf den Weg bringen will. Er reagierte damit auf die Widerstände einiger Finanzminister, die sich gegen Vorschläge wehrten, die fragmentierte Finanzaufsicht in den Mitgliedsstaaten zu europäisieren. Die EU-Staaten haben sich jedoch im Rahmen des G20-Treffens in diesem Jahr auf tief greifende Reformen verständigt, weshalb deren Umsetzung eines der schwedischen Hauptanliegen für die kommenden sechs Monate sein wird. Erstes Ziel ist die Schaffung eines "Europäischen Rats für Systemrisiken" unter der Führung der Europäischen Zentralbank. Borg betonte hierbei Schwedens Entschlossenheit: "Wir werden keinen Kompromiss akzeptieren, der substanziellen Fortschritten bei der Europäisierung der Finanzaufsicht am Ende nur im Weg steht."

Schweden war bereits einmal Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft. 2001 stand diese unter dem Motto der drei „E’s“ — *enlargement, employment, environment*. Der damalige schwedische Ministerpräsident Göran Persson wollte „Europa nach Schweden holen“. Die erste Ratspräsidentschaft gilt gemeinhin als Feuertau für die neuen Mitglieder. Besonders für eher EU-kritische Länder wie Schweden ist der Spagat zwischen nationalen Interessen und der neutralen, überparteiischen Rolle als EU-Vorsitz schwierig. Mit ihrem engagierten Einsatz für die Themen Erweiterung, Beschäftigung, Umweltschutz und Informationsfreiheit hat sich die schwedische Regierung damals jedoch von ihrem Image als *reluctant European* verabschiedet. Tschechien ist dies durch die politischen Querelen um den Sturz der Regierung Topolánek und das Ringen um den Lissabonner Vertrag nicht ganz gelungen. Europa erwartet nach diesem unglücklichen Ende der tschechischen Ratspräsidentschaft nun entschiedenes und ruhiges Handeln in schwierigen Zeiten unter schwedischer Führung.

**ÜBERGABE DER RATSPRÄSIDENTSCHAFT VON TSCHECHIEN AN SCHWEDEN
- INTERVIEW MATS BRAUN: „WIR KÖNNEN VONEINANDER LERNEN.“**



Mats Braun ist Schwede und studierte Politikwissenschaft in Stockholm und Konstanz. Dort lernte er seine tschechische Frau kennen, weshalb er 2002 nach Prag zog. Bereits während seines Studiums beschäftigte er sich intensiv mit den Transitionsprozessen in postkommunistischen Staaten. Heute arbeitet er als research fellow am **Institut für Internationale Beziehungen (IIR)**, wo er sich vorwiegend mit dem europäischen Integrationsprozess beschäftigt. Zudem lehrt er Politikwissenschaft an der Anglo-American University in Prag. Als in Tschechien lebender Schwede kennt Mats Braun beide Länder, die in diesem Jahr die EU-Ratspräsidentschaft innehaben, sehr gut, und kann uns einen Eindruck von den Unterschieden und den Gemeinsamkeiten der beiden Länder, den politischen Systemen und den beiden Kulturen vermitteln.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

KAS: Schweden war bereits einmal Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft. 2001 stand diese unter dem Motto der drei „E`s“ – *enlargement, employment, environment*. Auch Tschechien verfolgte in den vergangenen Monaten drei „E`s“, *economy, energy* und *external relations*. Wie würden sie die Leistung Tschechiens in den vergangenen Monaten mit Blick auf diese Zielsetzung beurteilen?

Braun: Es ist schwierig, so kurz vor Ende einer Präsidentschaft schon die Leistungen zu beurteilen. Die drei „E`s“ waren wohl eine Anlehnung an Schweden, da man erkannt hat, dass die Leute sich einen derartigen Slogan leicht merken und sich daran orientieren können. Wir dürfen Tschechien nicht nur an diesem selbst aufgestellten Programm messen. Was erwartet man von dem vorsitzenden Land? Es muss Moderator und Vermittler sein, es muss sich auch selbst vermarkten. In dieser Hinsicht hat Tschechien, insbesondere in den ersten drei Monaten, ganz gut abgeschnitten – sei es als Vermittler in der Gaskrise mit Russland oder auch als Vertreter der Länder, die nicht Mitglied der Eurozone sind, in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten. Problematisch war natürlich das Machtvakuum nach dem Sturz Topoláneks - das wird leider die stärkste Erinnerung bleiben. Dies wird den Eindruck einer politischen Instabilität von Tschechien hinterlassen. Zudem war es die erste Präsidentschaft eines Landes, das lange unter der Herrschaft der Kommunisten stand. Die Präsidentschaften Ungarns und Polens 2011 werden nun natürlich mit anderen Augen gesehen werden.

KAS: Was denken sie, werden diesmal die Schwerpunkte der schwedischen Ratspräsidentschaft sein?

Braun: Ursprünglich hatte Schweden einen 5-Punkte-Plan, aber nun wird sicherlich die Wirtschaftsfrage in den Vordergrund treten. Wir Schweden sind im Bereich der Wirtschaftspolitik ziemlich kritisch, der Stabilitätspakt wurde ja bereits mehrmals gebrochen. Die schwedische Regierung würde daher gerne mehr Stabilität und Disziplin in die EU zurückbringen, hier sind Ähnlichkeiten zur tschechischen Position erkennbar. Momentan sieht die schwedische Führung die Lissabonstrategie kritisch und man würde gerne zurück zu mehr Wettbewerbsfähigkeit – der Weg dorthin können aber nicht Staatshilfen und Protektionismus sein.

KAS: Was war ihrer Meinung nach der Höhepunkt der tschechischen Ratspräsidentschaft? Der Besuch Obamas, das umstrittene Kunstwerk *Entropa* von David Černý, das Ende der Regierung Mirek Topoláneks oder etwas anderes?

Braun: Insgesamt haben die vergangenen sechs Monate der Tschechischen Republik viel Publicity eingebracht, nicht immer positiv, aber in jedem Fall viel Aufmerksamkeit. Zum einen wird der Kommentar Topoláneks vor dem Europäischen Parlament in Erinnerung bleiben, als er erklärte, dass die US-Wirtschaftspolitik der „Weg in die Hölle“ sei. Dies hat in allen Ländern ein immenses Medienecho hervorgerufen. Der Besuch Obamas war natürlich großartig, auch wenn die Umstände nicht glücklich waren: Ein gestürzter Premierminister empfängt den US-Präsidenten, das macht keinen guten Eindruck im Rest der Welt und lässt die postkommunistischen Staaten nicht im besten Licht erscheinen. Zu David Černýs Kunstwerk: Ich habe von vielen Leuten aus Brüssel ein positives Feedback dazu bekommen – zumindest wird sich jeder daran erinnern, was von den Kunstwerken der vorherigen Präsidentschaftsstaaten nicht behauptet werden kann, auch wenn Teile der Darstellung mit Sicherheit über das Ziel hinausgeschossen sind.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kaspraq.cz



KAS: Das Logo der schwedischen Ratspräsidentschaft soll Licht, Transparenz und Offenheit symbolisieren. Schweden gilt als eines der demokratischsten Länder der Welt, die Bürger haben ein großes Mitspracherecht. Würden Sie sich mehr Mitspracherecht für die Europäer, etwa durch Volksabstimmungen, wünschen, oder rät das Referendum in Irland zum Lissabonvertrag davon ab?

Braun: Schweden ist nicht wirklich demokratischer im Sinn von Volksabstimmungen, sondern vielmehr im Sinne von Transparenz. Alle öffentlichen Dokumente können von jedem Bürger eingesehen werden und Politiker sind in den meisten Fällen direkt und unkompliziert per Post oder Mail kontaktierbar. Dies sind zwei Aspekte, die mit Sicherheit in der Agenda der Schweden zu finden sein werden: Mehr Transparenz und Bürgernähe.

KAS: Die Schweden selbst haben sich in einem Volksentscheid gegen die Einführung des Euro entschieden, insgesamt gelten sie als eher europaskeptisch. Wie sehen sie die Einstellung Ihrer Landsleute zur EU und zur Europäischen Integration?

Braun: Die Schweden stehen insbesondere erneuten Erweiterungen positiv gegenüber und der Großteil von ihnen ist davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft Schwedens in der EU von Vorteil für das Land ist. Allerdings sollte der Einfluss der EU nach Wunsch der meisten Schweden nicht zu weit gehen – so sind sie zum einen für eine geografisch große EU, deren Macht zum anderen aber nicht zu umfassend werden sollte - wiederum ähnlich der tschechischen Haltung. So unterstützt die schwedische Politik die Beitrittsbemühungen der Türkei oder auch der Ukraine, so lange diese Länder die Kopenhagen-Kriterien erfüllen. Es ist klar, dass das für diese beiden Länder noch viel Arbeit bedeutet, doch die Unterstützung ist in jedem Fall da. Auch weitere Partnerschaften, wie die kürzlich in Kraft getretene Ostpartnerschaft, sind denkbar. Zudem wird der Euro, insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise, von immer mehr Schweden gewünscht. Die schwedische Krone verliert deutlich an Wert, sodass viele im stabilen Euro eine gute Alternative sehen.

KAS: In Tschechien erleben wir oft eine „Furcht“ vor der Dominanz der großen Staaten wie Deutschland oder Frankreich. Ist dies in Schweden auch so?

Braun: Nein, die Schweden wollen zwar generell weniger Einfluss auf die nationale Politik durch die EU, aber es ist nicht mit der Situation in Tschechien zu vergleichen. Hier fürchten viele, dass durch eine Annahme des Lissabonvertrags die Beneš-Dekrete angefochten werden könnten. In Schweden gibt es keine vergleichbare Situation. Doch ich bin auch für Tschechien sehr optimistisch für die Zukunft, denn all die populistischen und rechtsextremen Bewegungen verlieren an Anziehungskraft, sobald es um organisierte politische Arbeit geht. Dazu sind Populisten nicht in der Lage.

KAS: Was und wie viel wissen die Schweden über Tschechien, und die Tschechen über Schweden?

Braun: Die Tschechen wissen deutlich mehr über Schweden als die Schweden über Tschechien. Viele Tschechen sind Fan von Ingmar Bergman, er ist hier fast populärer als in Schweden! Auch über die Geschichte des 30-jährigen Krieges wissen die tschechischen Bürger sehr gut Bescheid, während viele Schweden ihren einzigen Eindruck von Tschechien aus einem Besuch in Prag ziehen – über den Rest des Landes wissen sie eher wenig.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kaspraq.cz

KAS: Hat sich ihre eigene Wahrnehmung von Europa verändert, seit sie in Tschechien leben? Fühlen sie sich nach so langer Zeit in Tschechien noch als Schwede oder vielmehr als „Europäer“ oder gar schon als Tscheche?

Braun: Ich fühle mich nicht wirklich als Tscheche, aber in Schweden bekomme ich hin und wieder durchaus das Gefühl ein „Ausländer“ zu sein. Ich würde sagen, ich fühle mich hier zuhause und bin überzeugter Europäer – auch wenn ich beim Eishockey weiterhin Schweden unterstütze.

KAS: Sie kennen Schweden und Tschechien sehr genau: Was könnten die Schweden von den Tschechen und die Tschechen von den Schweden lernen?

Braun: Ein gutes Beispiel hierfür ist die Bildung: Schwedische Studenten sind sehr kreativ, finden innovative Lösungen und lassen ihren Gedanken freien Lauf, während ihr Fakten- und Grundwissen oft sehr schlecht ist. Tschechische Studenten haben hingegen ein exzellentes Fakten- und Grundwissen, während sie sich häufig nicht trauen, neue Wege zu beschreiten und ihre Kreativität zu nutzen. Eine Kombination aus beiden wäre also ideal. Vielleicht ein Bild für Europa: Wir können etwas voneinander lernen, wir müssen es nur wollen.

**NEWSLETTER
INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT**

**AUSLANDSBÜRO
TSCHECHIEN**

AUSGABE 6 | JUNI 2009

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC
KATHARINA HIERL
MARIA VOGT

www.kas.de
www.kasprag.cz

LINKS

Konrad Adenauer Stiftung, Berlin, Sankt Augustin

<http://www.kas.de>



Christlich-Demokratische Union

<http://www.cdu.de>



Fraktion der Europäischen Volkspartei

<http://www.epp-ed.eu>



Offizielle Homepage zur tschechischen Ratspräsidentschaft

<http://www.eu2009.cz>



Euroskop – Tschechische Infos zur Europapolitik

<http://www.euroskop.cz>



Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer

<http://www.dtihk.cz>



Deutsche Botschaft in Prag

<http://www.deutsche-botschaft.cz>

Offizielle Homepage zur schwedischen Ratspräsidentschaft

<http://www.se2009.eu>